

# Wahnsinn

*In Wien will man glauben machen, dass Zentralisierung automatisch zu besseren Lösungen führt. Ein Irrtum!*

Es ist ganz natürlich, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, welche Infrastrukturen (bspw. Schulen, Krankenhäuser) es in den verschiedenen Teilen eines Staates braucht. Damit aber nicht nur eine Zentrale entscheidet, was die Bürger vor Ort benötigen und wer diese Leistungen bereitstellen soll, gibt es den Föderalismus, in dem auch die Länder und Gemeinden wichtige Entscheidungskompetenzen haben.

Was sich aber derzeit in Österreich abspielt, hat es in dieser Form noch nie gegeben: Nahezu täglich übertrumpft ein Minister den anderen mit seinen Vorschlägen, was nicht alles zentralisiert werden soll. Beispiele gefällig?

Das Bildungswesen soll zur Gänze Bundessache werden, fordern Ex-Politiker wie Hannes Androsch und die Bildungsministerin applaudiert. Das klingt auf das erste Zuhören nicht schlecht, aber was wären die Konsequenzen? Die vielen Kleinschulen in den Dörfern der Alpenländer würden rasch verschwinden. Die Zentrale in Wien glaubt es immer besser zu wissen, wo es welche Bildungschancen für „die Provinzler“ geben soll. Eine für den ländlichen Raum gefährliche Ausdünnung der Bildungslandschaft

# Zentralisierung

wäre zu befürchten. Nicht viel anders ist es mit den Spitälern: Auch hier weiß es der Gesundheitsminister viel besser als die Landesregierung, wie die regionale Gesundheitsversorgung aufzustellen ist. Was kümmert es, dass dieselbe Operation in Tirol günstiger ausgeführt wird als in Wien? Was kümmert



## Brief an Tirol

Von Peter Buisjäger

kratie und höhere Kosten hätten. Dass es so weit gekommen ist, ist natürlich zum Teil auch die Schuld der Länder selbst, die zu lange zu passiv agierten. Gerade die Länder

Tirol und Vorarlberg haben aber in der letzten Zeit zukunftsweisende Vorschläge gemacht: Sie wären bereit, die Vielzahl

der Bundesbehörden in den Ländern, von den Arbeitsinspektoren über die Denkmalschutzbehörden bis hin zur Wildbach- und Lawinenverbauung, in die Landesverwaltung zu übernehmen. Damit würde ein wirklicher Beitrag zur Verwaltungsreform geleistet. Dass die Länder das können, zeigt u. a. das Beispiel der Schulverwaltung: Die Verwaltung der Landeslehrer erfolgt in Tirol und Vorarlberg beispielsweise mit weitaus weniger Personal, als die Verwaltung der Bundeslehrer durch die Bundes(!)behörde Landesschulrat!

Univ. Doz. Dr. Peter Buisjäger ist  
Direktor des Instituts für  
Föderalismus in Innsbruck

TT 27.2.2011